

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

181 (6.8.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-253859](#)

Kanalität habe nicht der Hintergrund der politischen Er- folge entsprochen. Nichts sei unbedeutlicher, ja gefährlicher, als ein Feind ohne einen solchen Hintergrund, das am Ende über den Mangel an militärischen Erfolgen hinwegtäuschen sollte. Deutschland treibe wieder gegenüber den Vorzügen in Ostos, noch in Bulgarien, noch auf kolonialen Gebieten eine aktive Weltmachtspolitik. Der Artikel schließt: „So ist die deutsche Politik nach allen Seiten gebunden, und es ist schwer für Deutschland, unter den Wächtern auch nur eine Stellung zu behaupten, die nicht geradezu demütigend ist. Es gibt solche Zeiten in der geschichtlichen Entwicklung, wo keine andere Politik übrig bleibt, als die der „meistergestraßen Unabhängigkeit“. Man muss darüber hinwegkommen, und man kann es am besten in starken Monarchien, wo man auf unzufriedene Stimmung im Volke nicht gar zu ängstlich Acht zu geben hat. Aber schön wäre es doch, wenn einmal bald das Mittel gefunden würde, aus dieser Lage herauszukommen.“ — Der Herr Professor, der im Kritiken stets recht mutter ist, hätte nur gleich das Mittel angeben sollen. Man röhrt die Monarchie in Deutschland, besonders in Preußen, als eine sehr starke. Will Herr Delbrück glauben machen, ihre Repräsentanten und Vertreter hätten seine Angst vor unzufriedenen Stimmungen im Volle? Wir meinen, die Umsturzzeit-Diskussionen darüber, in welchen Maße man diese Stimmungen fürchte, seien Zweck gelassen.

— Eigentümliche Wahlagitation wird in Wahlkreise des Herrn v. Kardorff getrieben. Im Kreis Groß-Wartenberg hat sich nämlich ein konservativer Wahlverein gebildet, welcher für die Wiederwahl des Herrn v. Kardorff thätig sein soll. Er sucht in jedem einzelnen Ort, „auch dem kleinen“, einen oder möglichst mehrere Vertrauensmänner zu gewinnen und verspricht diesen, entsprechende Auslagen durch Pauschalsummen vergüteten zu wollen. Die Bezahlung der Vertrauensmänner mit Pauschalsummen ist eine Erfindung, die entschieden noch eine große Zukunft hat.

— Wie es mit dem vielgerühmten Segen der Sozialreform aussieht, zeigt ein Prozeß, den das Reichsversicherungsamt am 23. Juli erledigte. Derselbe hatte seine Urtüte in einem bereits im Januar 1892 stattgehabten Unfall, den die Arbeiterfrau Steffaniat erlitten hatte. Am 8. Januar des genannten Jahres war diese damit beschäftigt, Brod für ihre Angehörigen in einem Brotlohn zu backen, welcher zu dem Dominikuslohn gehörte, auf welchem ihr Mann als sogenannter herrschaftlicher Deputat arbeitete thätig war. Sie hatte das Unglück, daß grade während ihrer Beschäftigung um Oden der Schornstein des Hauses einstürzte; von den zusammenbrechenden Steinmassen arg verletzt, trug Frau St. eine dauernde Schädigung ihrer Gesundheit davon. Die posenische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wies ihren Anspruch auf Unfallrente mit der Begründung ab, sie sei hier nicht entstädigungsgefährdet, weil kein landwirtschaftlicher Betriebunfall vorliege. Das Schiedsgericht verurteilte nach eingelagter Berufung seitens der Frau die Genossenschaft, nachdem es festgestellt, daß der Familie St. 1½ Morgen Deputatland zur Verfügung standen und daß sie eine Kuh und hin und wieder auch einige Schweine besaß. Das Gericht erklärte in der Bewirtschaftung des Deputatlandes das Charakteristikum eines kleinbäuerlichen Betriebes. Das Reichsversicherungsamt hob jedoch das Urteil auf. Es verkannte nicht, daß unter Umständen die Bewirtschaftung und Verwaltung landwirtschaftlicher Produktionsmittel (Grund und Boden u. c.), deren Nutzniebung dem Gutsarbeiter als Gegenleistung für seine der Gutsbesitzerin zu leistenden Dienste zugestanden werde, ihn als Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes im Sinne des Gesetzes erscheinen lassen könne, was dann der Fall ist, wenn die Bewirtschaftung des Deputats die eigentliche Grundlage für das wirtschaftliche Dasein des Arbeiters bilden. Das traf nun im Falle Steffaniat nach Ansicht des Reichs-Versicherungsamtes nicht zu. Es erklärte darum in dem Bade des Brotes eine Thätigkeit, die lediglich hauswirtschaftlichen Zwecken diente, da ein landwirtschaftlicher Betrieb des St. nicht angenommen werden konnte, in dem etwa Landwirtschaft und Hauswirtschaft zusammenließen.

— Der Verlauf der Handwerker-Konferenz charakterisiert nach dem zutreffenden Urteil der „Frankf. Ztg.“ wieder die Unbestimmtheit und Schwäche der Regierungspolitik im Innern. Gerade so wie gegenüber den agrarischen Forderungen zeigt die Regierung auch gegen die zünftlerischen Betreibungen eine feste Haltung, sondern giebt sich dem Irrwahn hin, durch halbes Entgegenkommen die Unbestimmtheit in Zünftskreisen einzudämmen zu können. Nicht einmal zu einer unbefangenen Bewertung des Befähigungs-nachweises hat man sich aufgeschwungen, sondern nur erklärt, daß die Regierung sich „gegenwärtig“ darauf nicht einlassen wolle, und man hat für die Zukunft die Möglichkeit, dem Befähigungs-nachweis näherzutreten, ausdrücklich offen gelassen. Angefahrt dieser unbestimmten Haltung ist dem „vorläufigen“ Bericht der Mitglieder der Konferenz keine besondere Bedeutung beizumessen, sie wollen nehmen, was sie zunächst bekommen können, und nochher mit ungeschwächten Kräften die Agitation für das zünftlerische Ziel, die Einführung des Befähigungs-nachweises, fortsetzen. Man will das Wirtschaftsleben künftig so weit einengen, daß das alte Zunfthandwerk überall dominirt, und dazu betrachtet man — das haben die Zunftblätter nie im Zweifel gelassen — den Befähigungs-nachweis als unentbehrlich. Rücksicht, nicht Fortschritt ist also die zünftlerische Devise, und hieron geben die Konferenz-deutschland-Kunde.

— Der Fall Krona und die akademische Lehrfreiheit. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin gemeldet: Der zu Anfang des Sommersemesters so viel besprochenen Besuch, den Berliner Präsidenten Leo Krona wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei der Bundesregierung etwa zu reklamierenden Militärgruppen

aus dem Lehrkörper der Universität zu entfernen, hat nun mehr in den Fakultätsberatungen seinen Abschluß gefunden. In der Fakultätsberatung der vergangenen Woche ist der Soche Beschluß gefasst worden, und die Fakultät hat die Remotion von Dr. Krona nicht beantragt. Damit fehlt dem Ministerium jede rechtliche Möglichkeit, eine Remotion zu bewirken. Dr. Krona hat seine Vorlesungen für das nächste Semester bereits angekündigt. — Es sind also sehr hohe Wünsche nicht erfüllt worden und die Regierung hat sich den wohlverdienten Korb geholt.

— Ein zweites Marienberg wurde in Meilen entdeckt. Nach unserem dortigen Parteiblatt handelt es sich um die Kinderwagenanstalt Bonnisch. Insbesondere sind es Sittlichkeitsergehen, die von den dort untergebrachten Knaben und Mädchen unter einander schon seit Jahren begangen werden. Aus einem staatsanwaltschaftlichen Schreiben geht hervor, daß die gerüchtige Dokumentation so haarschneidend Natur sind, daß man sie in einer Staatsanwaltschaft kaum für möglich halten sollte. Mit der Sache soll sich demnächst das Dresdener Landgericht zu beschäftigen haben.

Belgien.

Brüssel, 3. August. Zur Schulgesetzvorlage wurden auch von der sozialistischen Kammerfraktion eine Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt. Danach sollen die Volksschulen in Orten mit über 10 000 Einwohnern durch Kantonalauflösungen vergrößert werden. Es wird ferner der unentgeltliche und obligatorische Unterricht für die Kinder von 6. bis 14. Jahre verlangt; der Familienvater kann den Unterricht in der Familie, in einer öffentlichen oder Privatschule erhalten lassen. Der Haushaltungs-vorstand hat den Anspruch auf eine Entschädigung von 20 Centimes (16 Pfennige) per Tag und Kind von 6 bis 14 Jahren. Ein weiterer Artikel regelt die Gehalts-verhältnisse.

Brüssel, 3. Aug. Die Repräsentantensämtler setzte die Beratung des Schulgesetzes fort und genehmigte mit 79 gegen 60 Stimmen den ersten Paragraphen des Artikels 3, der bestimmt, daß der Elementarunterricht notwendiger Weise den Religionsunterricht und die Moralslehre umfassen muß.

Frankreich.

Paris, 3. Aug. Nach einer Statistik des Ministeriums des Innern wurden in Frankreich (mit Ausschluß der Kolonien) 1892 in Gefängnissen und Zuchthäusern insgesamt 4889 Männer 1203 Frauen mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt. Wie die Statistik zeigt, wurden soziell alle Industrien und Handwerke in den Strafanstalten betrieben. Der durchschnittliche Tagesverdienst der männlichen Häftlinge stelle sich auf 1 Fr. 11 Cts., die weiblichen Häftlinge verbreiteten im Tagedurchschnitt nur 89 Cts. In den landwirtschaftlichen Strafanstalten auf Korfu waren 1892 821 Männer beschäftigt, deren durchschnittlicher Tagesverdienst 54 Cts. betrug.

Bulgarien.

— Ein neuer politischer Mord wird aus Bulgarien gemeldet: Nach einer Mitteilung der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ aus Sofia ist gestern Mittag in der ostromelischen Kreisstadt Tatar-Bazarjof der Parteigänger Stambulows Macht von einem gewissen Verkata durch einen Dolchthieb lebensgefährlich verwundet worden. Nach einer ergänzenden Notiz des „Sloboda“ geschah das Attentat vor dem Polizeihause, nähere Angaben darüber fehlen zur Zeit noch.

Spanien.

Madrid, 2. August. Dem „Standard“ zufolge haben Spanien und Japan jüngst ein Abkommen getroffen, wo nach Japan Spaniens Souveränitäts-Rechte über alle Inseln südlich und südöstlich vom Breitengrade anerkennt, der zwischen Formosa und den Batanes-Inseln im Palaukanal läuft. Frankreich, Russland und Deutschland hätten ihre Zustimmung zu diesem Abkommen gegeben.

England.

London, 3. Aug. Der Wahlkampf in Eng-land ist beendet. Über das Schlußergebnis ist folgende Zulämmung von Interess: Großbritannien entließ 567, Irland 103 Abgeordnete in's Unterhaus; unter den großbritannischen Abgeordneten sind 390 unionistische, 323 konservative und 67 liberal-unionistische, ferner 177 „separatistische“, 176 Liberalen und 1 Antiparlament. Großbritannien entließ demnach eine unionistische Mehrheit von 213 Abgeordneten. In den einzelnen Theilen Großbritanniens ergeben sich nachstehende Parteianteile: England 296 konservative und 53 liberale Unionisten, zusammen 394 Unionisten, ferner 115 Liberalen und 1 Antiparlament, zusammen 116 „Separatisten“; Wales 7 konservative, 1 liberalen Unionisten, zusammen 8 Unionisten, ferner 22 Liberalen; Schottland 20 konservative und 13 liberale Unionisten, zusammen 33 Unionisten, ferner 39 Liberalen. Von den 103 Abgeordneten Irlands sind 17 konservative und 4 liberale Unionisten, zusammen 21 Unionisten, ferner 1 Liberaler, 69 Antiparlamenten und 12 Barnetlisten, zu 82 „Separatisten“. Die Unionisten verfügen dennoch nur in England über die Mehrheit, dagegen in Wales, Schottland und Irland über die Minorität der Mandate. Die unionistische Unterhausmehrheit von 152 Stimmen ist die größte, über die ein englisches Kabinett seit dem Jahre 1832 verfügt hat.

Italien.

Newyork 2. August. Der „Allgemeine Geschäftsaufschwung“ hält noch immer an — auf dem Papier! Die Bundesregierung scheint aber den festen Glauben zu haben, daß derselbe binnen Kurzem eintreten wird, dafür zeugt eine recht charakteristische Mahnung. Sie hat nämlich ein neues Reglement für die Bundesarme (und die seitens

erlassen, welches ermöglichen soll, etwaige „Arbeiterunruhen“ prompt und schnell zu unterdrücken. Solche „Unruhen“ erwartet die Regierung somit, da es ihr klar ist, daß die Arbeiter sich bei Eintritt eines militärischen Geschäftsaufschwungs nicht mit den Brüdern beginnen werden, welche ihnen seitens der Arbeiterschaft vielleicht gnädig zugesehen sind, sondern für eine Rückgängigmachung der seit Eintritt der Krise applaudierten enormen Lohnreduktionen in's Heug gehen werden!

Zum Agrarprogramm.

VII.

Zur Aufhebung der Grundsteuer schreibt das „Hamburger Echo“ folgendem: „Was die vorgelegte Rendierung, welche das Steuerwesen betrifft, so heißt die Beleidigung aller Extrage-Steuern, Gewerbe-, Grundsteuer u. s. w. schon in der bisherigen unangeführten Forcerung, daß die Besteuerung öffentlicher Ausgaben aus einer außerordentlich reichen Einkommens- und Vermögenssteuer geschieht werden sollen. Deshalb ist in dem Entwurf denn auch das Wort „Bemessungsrecht“ eingefügt worden. Der Forcerung der Aufhebung der Grundsteuer wird nun entgegen gehalten, daß wir keine Ursache haben, den Grundbesitzer die Grundsteuer zu beladen und daß man eine Vermögenssteuer außerdem auflegen könnte. Es widerstreift das völlig dem von der Sozialdemokratie vertretenen Grundprinzip der Gerechtigkeit in der Besteuerung der Kosten. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, blindlings, wo sich große Ungleichheit bietet, einzelnen Gruppen innerhalb des bestehenden Staates neue Lasten aufzuteilen. Als gerecht kann nur die Besteuerung der Steuer nach der Höhe des Einkommens und des Vermögens gelten. Hier kann mit der wachsenden Höhe des Einkommens bestimmt werden, ob sie gleich hohe Einkommen und gleich große Vermögen erfordert oder in weitem Werthe das Vermögen angelegt ist. Die reine markantische Neuerungsmaßnahme ist eine destruktive Operation, die wie Sozialabsolutisten nicht gutheißen können.“

Wen der schon erwähnten parteidienstlichen Seite die Belästigung aufgesprochen ist, bei der Aufhebung der Realsteuern, kann den Jüngsten vielleicht etwas geschehen werden, so ist diese Bestrafung nur zu erläutern aus der völlig zusammenhängenden Betrachtung des fraglichen Entwurfes. Sobald man die Besteuerung im Zusammenhang mit dem übrigen Inhalt des Abfages 10 erwagt, fällt die Besteuerung in sich zusammen. Wenn die Realsteuer aufgehoben werden, so muß selbstverständlich die erhöhte Einkommens- und Vermögenssteuer an deren Stelle treten, und zwar erhöht für die größeren Einkommen, die heute so verhältnismäßig dünn vorhanden sind. Das wird gleichzeitig die bestehenden Kreise treffen, die auf der einen Seite entlastet würden. Bleibt aber für die Grundbesitzer trotzdem noch ein kleiner Vorbehalt übrig, wenn sie nach der jeweiligen Höhe des Einkommens und Vermögens auf verschiedene Stufen gleichmäßige Laufendebelastung auf Grund genauer Schätzung der Einkommen und Vermögen vorgenommen wird, so würde das nur bedeuten, daß die Grundbesitzer heute gegenüber dem mobilen Kapital denselben Beitrag leisten müssen. Diese Ungleichheit aufzuteilen oder zu verschärfen, liegt für uns absolut kein Grund vor.

Die Ursachen ist zu erwägen, daß die Realsteuer zum guten Theil indirekte Steuern sind, die nicht von den Steuerpflichtigen selbst getragen, sondern von diesen auf andere Schultern abgedreht werden. Das ist ganz zweitlos bei der Gewerbesteuer, die im Preis der Gewerbe- oder Handelsprodukte aufgeht, und ebenso zweitlos bei der flächigen Grundsteuer, die der Haushalter vom Fleischer wieder einzieht; er ist eigentlich nur Steuerregulator des Staates. Diese Realsteuer überwiegen also in dem zweiten Theile des Abfages 10. Ihre besondere Benennung in den Programmsforderungen rechtfertigt sich daraus, die wichtige Bedeutung der Generalforderung, betreffend das Steuerwesen, abgesehen verhältnislos machen.

Der Forcerung der Erhaltung und Vermehrung „Hamburger Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“ Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des Theil indirekter Steuern, die nicht von den Steuerpflichtigen selbst getragen, sondern von diesen auf andere Schultern abgedreht werden. Das ist ganz zweitlos bei der Gewerbesteuer, die im Preis der Gewerbe- oder Handelsprodukte aufgeht, und ebenso zweitlos bei der flächigen Grundsteuer, die der Haushalter vom Fleischer wieder einzieht; er ist eigentlich nur Steuerregulator des Staates. Diese Realsteuer überwiegen also in dem zweiten Theile des Abfages 10. Ihre besondere Benennung in den Programmsforderungen rechtfertigt sich daraus, die wichtige Bedeutung der Generalforderung, betreffend das Steuerwesen, abgesehen verhältnislos machen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des „separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Vermehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen.“

Das Blatt ist seiner einverstanden mit der Forcerung des

„separatistischen“ der Gemeinden bei zur Erhaltung und Ver-

mehrung

des öffentlichen Grundbesitzes“ und schreibt das „Hamburg Echo“ mit folgenden Worten zu: „Wir haben kein Interesse daran, durch Veränderung der noch im Besitz des Staates oder der Gemeinden befindlichen Ländereien dem Privatgegenstand neue Feste zu bauen. Im Gegenteil. Je größer die Gemeindebesitz auf Grund und Boden ist, desto leichter wird sich die sozialistische Organisation der Bodenverteilungslösung einfügen

Aus Stadt und Land.

Bant, 4. August. Bekanntlich läßt die oldenburgische Eisenbahnverwaltung wie früher schon, auch in diesem Jahre alle 14 Tage des Sonntags Sonderpersonenzüge zu ermäßigten Preisen nach Barel und Sande abfahren, auf die wir, da die Saison sich dem Ende nähert, wieder ausmerken möchten wollen. Die Züge fahren immer Nachmittags 2.05 Uhr von hier ab und zwar am 11. und 25. August, 8. und 22. September.

Bant, 5. August. Morgen Dienstag den 6. August, Abends 7½ Uhr, findet in Sadewassers Lokal, Tonneck, eine öffentliche Versammlung der Bäder statt, in welcher Herr Lieber-Hamburg über die gegenwärtige Lage im Bädergewerbe referieren wird. Indem wir nochmals auf diese Versammlung aufmerksam machen, bemerken wir zugleich, daß insbesondere ein zahlreiches Schauspiel von Frauen erwünscht ist.

Neubremen, 4. August. In seiner gestrigen Monatsversammlung hat der Bürgerverein Neubremen beschlossen, den Aufruf des Bürgervereins Bant zu seinem eigenen zu machen und die Sammlung zur Anschaffung einer Spritze betreiben zu helfen. Gleichzeitig hat die Versammlung einen Beitrag von 40 Mk. aus dem Vereinsvermögen zu der Sammlung bewilligt.

Wilhelmshaven, 4. Aug. Im Laufe dieses Sommers wurden im Kreis Wittmund 7 Altersrenten und 3 Invalidenrenten bewilligt. Die Höhe derselben schwankte zwischen 106—116 Mk. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1891 sind in dem genannten Kreise 324 Altersrenten und 82 Invalidenrenten bewilligt worden.

Wilhelmshaven, 4. Aug. Wie gefährlich der Aufenthalt auf den Plattformen der Eisenbahnzugwagen während der Fahrt ist, mußte ein junger Mann von hier unlängst erfahren. Obwohl der Aufenthalt auf der Plattform verboten ist, konnte derre während einer Fahrt von hier nach Oldenburg dem Reise nicht widerstehen und trat, um Luft zu genießen, die Plattform. Plötzlich gab die Eisenstange, an die er lehnte, nach, er stürzte hinunter, schlug mit einer Hand auf einen spitzen Dolch und dies war sein Stief. Er konnte so in hängender Stellung mit Waffe von den Mitfahrenden gerettet werden.

Wilhelmshaven, 5. August. Dem Wilhelmshavener Schützenverein ist von der Polizei die Festsfreude zu seinem Schützenfest, das nächsten Sonntag stattfindet, arg vergällt worden. Die Polizei hat endlich herausgefunden, daß der Ausmarsch der Schützen um 1 Uhr gegen die Sabbatordnung verstoßt und nun bestimmt, daß der Ausmarsch durch Wilhelmshaven nicht vor 3 Uhr stattfinden darf. Vor soll die Polizei nicht von selbst die strengen Saiten plötzlich aufgezogen haben, sondern durch den Polizeipräsidenten der evang. Gemeinde auf die bisher gebuldete Sonntagsentheiligung mit der Rose darauf gehoben worden sein. Die armen Schützen müssen nun, wollen sie sich nicht den Ausmarsch oder das Festessen verbauen, am ersten Festtag nur ausmarschieren und am zweiten Tag das Liebesmaß abhalten. Wenn in der herrlichen Stimmung der dabei getrunkenen Wein nur nicht zu eitel Schenkbütt verwandelt wird.

Wilhelmshaven, 5. August. (Von der Marine.) Laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist die erste Division des Marschgeschwaders, Chef Viceadmiral Röster, am 3. August von Queenstown nach Cowes in See gegangen. — Der Kreuzer "Marie" ist am 3. August in Tanger eingetroffen.

Jevers, 5. August. Die Einkommensteuerrolle der Stadtgemeinde Jevers ist für das Jahr 1895/96 festgestellt und liegt 14 Tage, bis zum 17. August, in der Registratur zur Einsicht der Steuerpflichtigen aus.

Oldenburg, 5. August. In den Käfern des dritten Bataillons des Oldenb. Infanterie-Regiments Nr. 91 in die Ruh ausgebrochen. Es ist bereits die Frau des Feldwebels Schepers an der Krankheit gestorben. Die Frau eines Sergeanten und eine Tochter des Mannschaften liegen noch schwer an der Krankheit daran.

Oldenburg, 4. August. Nichts ist so dummkopfisch, wie findet doch kein Publikum! An dieses Sprichwort wurden wir erinnert, als wir jüngst in den "Nachr. f. St. u. L." einen Auszug aus dem Schriftlichen eines Amtsmeisters o. D. Hans v. Oppen abgedruckt fanden. Der pensionierte Amtsmeister in nebenbei Amtswohnscheiter bei Berlin und hat die Zeit gefunden, neben seinen Amtspflichten zu schriftstellerisch. Wann der o. D. Röder es vom Landrat zum Minister gebracht, warum sollte der Amtswohnscheiter o. D. Oppen es nicht auch zum Unterstaatssekretär bringen durch eine Schrift, in welcher die Errichtung niedergelegt ist, wie man die Sozialdemokratie vernichtet. Schade, daß der Gedanke nicht mehr neu ist. Der Amtswohnscheiter von Adlershof will die Wahlersfolge der Sozialdemokratie unmöglich machen, die dadurch möglich seien, daß grüne Jungen und Blauäule wählen dürfen. Nach seinem Reserviellen nur diejenigen wählen dürfen, welche im Wahlbezirk unterstützungsberechtigt, also zwei Jahre dort wohnhaft sind. Wie gefälscht dem Herrn das jährl. Wahlgesetz ist, erhellt daraus, daß er dabei verlangt, daß unter 25 Jahren Niemand wählen dürfe. Als ob bisher Personen unter 25 Jahren gewählt hätten? Der Herr Amtswohnscheiter glaubt, daß diese geniale Reform der Sozialdemokratie die Hälfte ihrer Kämpfer töten würde, die er, wie schon angeführt, "grüne Jungen" nennt. Daß diese Reform nur möglich wäre durch einen Staatsstreich, ist dem Herrn o. D. Oppen gleichgültig. Das deutsche Reich besteht ja nach ihm nur durch einen Vertrag der Fürsten. Es kann uns nur gleichgültig sein, ob einige ganz verdorbenen Sozialistenfreunden das Werkzeug gefällt, ein halbwegs verständiger Regierungsbearbeiter wird den Reformvorschlägen keinen Geschmack abgewinnen können, sondern sie für Unfittiche erklären, man braucht darum noch kein Sozialdemokrat zu

sein. Was aber verständigen Leuten Unfittiche ist, das ist der Redaktion der "R. f. St. u. L." Bekannt; denn sie gibt folgendes Urtheil am Schluß des Abdrucks ab: „Im Großen und Ganzen wird man sich mit diesen Ausführungen, die sich durchaus in vernünftigen Schranken halten, einverstanden erklären können.“ So, nun weiß man, wie man mit den „Nachtmäulen“ auch in der Frage des „allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts“ daran ist. Noch nicht lange ist es her, da erklärten sie es für eine durchbare Verleumdung, daß die Sozialdemokraten den Nationalliberalen vorwerfen, sie wollten das allgemeine Wahlrecht antasten. Nachbarin, Ihr habt Euch verplappert, wir werden zur rechten Zeit von Eurer Offenherzigkeit Gebrauch machen.

Oldenburg, 5. August. In dem brennbaren Oldenburg hat es in der Nacht vom 2. auf den 3. August gleichfalls gebrannt. Es brannte das Haus, in welchem der Kolonial Behrens wohnte, vollständig nieder. Das Eingang ist mit verbrannt. Von lebenden Wesen ist der Haushund mit verbrannt. — In Rastede richtete das Gewitter, welches am Freitag Nachmittag dort losbrach, großen Schaden an. Der Blitz fuhr in das Haus des Malers Bröde ohne jedoch zu zünden. Er zertrümmerte jedoch den Schornstein und eine Oberwohnung. Bei Rehden schlug der Blitz aber in das Haus des Auktionsbüros Hagedorn, das ein armer Arbeiter bewohnte. Das Haus geriet in Brand und rettete der Arbeiter weiter nichts als sein und seiner Familie Leben. Ja, seine Frau wurde mit knapper Not dem Flammendienst entzogen, da sie durch den Blitzaufschlag beträchtet worden war. Der arme Mann hat alles verloren, nichts war versichert, weil, wie der Berichterstatter der "Nachr. f. St. u. L." sehr bezeichnend ausführt, „seine Habe zu geringfügig war“. Die Benutzung spricht ganze Bände. Trotzdem gibt es aber keinen Notstand unter den Landarbeitern. Der Mann hat außer seiner geringfügigen Habe aber auch 2 junge Schweine, 2 Ziegen, 4 Kühe, 2 Hühner und 2 Kübel Stroh verloren und ist nun mit seiner Frau und seinen 3 kleinen Kindern auf die Weidtmöglichkeit seiner Mitmenschen angewiesen.

Bremen, „Gebt mir die Freiheit!“ Ist die Freiheit bei einer Zigarre am dichten Gerichtshause, die einen aufbrechenden Straßling darstellt. Diese unglaubliche Darstellung hat in den Kreisen unserer „Zugabaren“ Bälger großes und unbeschreibliches Aufsehen erregt, welches sie entfert und auf Beschluss der Deputation durch einen Reichsabler erledigt werden soll. Gleichzeitig erhält eine tiefer angebrachte Tafel die Inschrift: „Dies Haus ist erbaut zum Schutz — dem Sohn zum Tausch — 1892.“ Das Gebäude soll bis Anfang September, abgesehen von nicht aufzuhaltenden Kleinigkeiten fertiggestellt sein, so daß die Mitglieder des Jurikomitees es besichtigen können.

Hannover, 3. Aug. Der Mörder der Frau Seegers, Pohlwein, hat als Motiv seiner That angegeben, daß er sich in großer Not befunden habe und deshalb einen Diebstahl bei der Seegers habe begangen wollen, um sich Geld zu verschaffen; am Mittwoch habe er seine letzten 50 Pf. für einen Schalps ausgegeben gehabt. Die Absicht eines Mordes habe er nicht gehabt. Die Schändung der Leiche beruhe auf Zufall und sei entstanden durch ein von ihm fortgeworfenes brennendes Zündholzstück, mit dem er sich eine Zigarette angezündet habe. Vor dem Untersuchungsrichter hat er das Wissen um seine Schuld wiederholt.

Vermischtes.

— Brottoede und Sedan. Während für den abgeschlossenen Sedanumzug von den Stadtverordneten in Holle a. S. 7000 Mk. bewilligt worden sind, haben sich die Herren zur Gewährung ganzer 500 Mk. als Unterstützung für die Bewohner des abgebrannten Brottoedes aufgeschownen. — Kommentar überflüssig.

— Die Wohnungseinrichtung des Herrn v. Hammerstein ist, wie die "Wolfszeit" berichtet, am Donnerstag auf der Pfandsammer in Charlottenburg vom Gerichtsvollzieher öffentlich versteigert worden.

— Eine vernünftige Idee. In der Herzogspital-Hofkirche in München wird, den "Woch. R. Nachr." folge, gegenwärtig ein appropriates Gebetsformular zum Kaufe ausgetragen, welchem eine Anweisung beigelegt ist für solche, die keine Zeit zum Beten haben. Es heißt sehr wörtlich: „Es gelingt, dieses Gebet auf sein Herz zu legen, indem man es in sein Kapuzier steckt. Wenn man die Hand darauf legt, ist Alles geschehen. Gott begnügt sich mit unserem guten Willen.“ — Ganz recht; wenn heute Alles mit Maschinen betrieben werden soll, warum nicht auch das Beten.

— Aristokratische Ladendiebe. Unter den 4000 Ladeneinheiten, die im Laufe des ersten Halbjahres 1895 in Paris festgestellt wurden, befinden sich: eine russische Prinzessin, eine französische Gräfin, eine englische Herzogin und die Tochter eines regierenden Fürsten. Als von Kleptomanie behaftet, wurden dieselben nicht weiter verfolgt, hinterließen aber zusammen für die Armen von Paris die respektable Summe von 100 000 Francs.

— Verunglückter Schwimmwirtloose. Wie über San Francisco gemeldet wird, ist der auch in Europa bekannte "Kapitän Paul Webb", der durch seine fühnen Schwimmfahrten berühmt geworden ist, in Cour d'Alene in Idaho verunglückt. Webb versuchte in einem Fas über den aus einer Höhe von 300 Fuß sich in den See von Cour d'Alene ergiebigen Wasserfall zu schwimmen. Das Fas aber schlug gegen die Felsen und Webb brach die Wirbelsäule.

— Massenmord. Als Arbeiter in Chicago in dem Hause eines gewissen Holmes mit dem Graben eines Abzugskamms beschäftigt waren, stiegen sie auf zwei acht Fuß lange und drei Fuß breite Gemüse. Dieselben waren mit ungelenkstem Riß gefüllt. Als die Arbeiter den Riß näher untersuchten, fanden sie lange Frauenhaar in denselben. Die Polizei glaubt, daß zwei junge Frauenzimmer

ein und auf diese Weise bei Seite geschafft worden sind. Die Sache wurde noch grauauer dadurch, daß ein Skelettmacher, der davon in den Zeitungen gelesen hatte, der Polizei mitteilte, daß Holmes vor einigen Wochen ihm Menschenknochen übergeben habe, um ein Skelett daraus anzufertigen. Da Holmes nicht zählte, so habe er das Skelett noch im Hause. Holmes habe sich seit der Zeit nicht wieder blicken lassen. Die Polizei erklärt, daß Holmes wahrscheinlich 13 Frauenzimmer ermordet hat.

Aufruf!

An die Bürger und Einwohner der Gemeinde Bant!

Die letzten Brände haben gezeigt, daß die Gemeinde Bant nicht länger ohne Feuerlöschteinrichtungen sein kann. Vieles Worte über das Waren brauchen nicht mehr gemacht zu werden. So schnell wie möglich müssen die nötigsten Löschgeräte und Spritzen angekauft und eine Feuerwehr organisiert werden.

Woß ist ein Sach der Gemeindevertretung, dies zu beschließen und die Anschaffungen zu machen. Sie hat sich ja auch bereits damit befaßt. Doch wenn sie den besten Willen auch hat, so gehen immer einige Monate dahin, bis die dazu notwendigen Gelder kalkuliert werden können. Eine einigermaßen wirksame Löschleinrichtung wird etwa 3000 Mk. kosten, welche Summe — sei sie nun niedriger oder höher — auf dem Wege der Anteile beschafft werden muß. Dazu ist aber die Genehmigung des Staatsministeriums notwendig und vergeht bis dahin, bis der Zustanzenzug erhöht, viel Zeit; viel zu viel Zeit und kann es bis dahin noch manchmal brennen.

Mördern die Mittel, oder nur ein Theil derselben — sagen wir die Hälfte — sofort durch freiwillige Beiträge aufzubrachten, so würde man in einigen Wochen im Besitz einer Spritze und der nötigsten Geräte sein können. Bezahlten müssen die Gemeindebürger, besonders der Haushalter, nach Kräften sich an der Sammlung für diesen Zweck, welche hiermit eröffnet ist, zu beteiligen.

Am meisten sind ja die privaten Haushalter, Geschäftleute und Mietner, besonders soweit sie in den Ortschaften Seban, Neubremen, Roppeln und am Delch wohnen, an der möglichst schnellen Beschaffung der Feuerlöschleinrichtung interessiert. Denn bei einem Brand in feuerfesten Häusern wird es keine Weiterungen geben, um zu verhindern, daß schließlich alle Löschleinrichtungen der Welt und der Marine zur Bewältigung des Feuers in Bewegung gesetzt werden.

Die Beiträge sollen daher auch nicht als Almosen angesehen werden, sondern sie sollen gegeben werden im Bewußtsein, eine Pflicht zu erfüllen, um einem unzähligen Zustande ein Ende zu machen. Das Fehlen einer Feuerlöschleinrichtung ist ein wunderlicher Thatsache, daß die Gemeinde mit dem kleinsten Schadenfeuer auf die Hilfe Dritter angewiesen ist? Die Gemeinde muß daher in den Stand gebracht werden, selbstständig und unabhängig einer gewöhnlichen Feuergefahr begegnen zu können, wodurch nicht gesagt ist, daß wir bei größerer Gefahr auf die Hilfe unserer Nachbargemeinden und der Marinewehr verzichten wollen.

Die Bürgervereine denken sich die Ausführung des Planes so:

„Außer den notwendigen Feuerlöschrequisiten werden zwei Spritzen angeschafft. Eine leichte aber gute Spritze mit den freimülligen Beiträgen sofort und dann eine größere mit zwei Schlauchführungen später, wenn man weiß, was zu den freiwilligen Beiträgen durch eine Anteile noch aufgebracht werden muß.“ Besser wäre es freilich, wenn durch die freiwilligen Beiträge eine Summe zusammenfalle, die groß genug wäre, die ganze Einrichtung davon zu beschaffen.

Die Unterbringung der Löschleinrichtung läßt sich jetzt ohne große Kosten mit dem Rathausbau verbinden.

Es sei nochmals an den Gemeinsinn der Gemeindebürger, insbesondere der Haushalter, appelliert, der Anregung der Bürgervereine Bant und Neubremen das größte Wohlwollen entgegen zu bringen.

Diese Vereine sind mit dem guten Beispiel vorangegangen und haben von dem unbedeutenden Vereinsvermögen je 40 Mk. zu diesem Zwecke geopfert. Wenn überhaupt mit derselben Opferwilligkeit gegeben wird, kann es am Gelingen des Unternehmens nicht fehlen.

Bezüglich der Art und Weise der Sammlung sei mitgetheilt, daß der Bürgerverein Bant (und gewiß auch der Bürgerverein Neubremen) durch zuverlässige Gemeindebürger die Sammlung unter Kontrolle der Gemeindeverwaltung ausführen lassen wird und werden die gesammelten Beträgen überliefern, der selbstverständlich die Anholzung der Löschleinrichtung obliegt. Mit aller Hochachtung für die Bürgervereine Bant und Neubremen.

Die Vorstände.

Guitung.

Bon der Auktion einer Zigarettenkiste mit Zigaretten im „Grünen Wald“ für den Parteidienst eingegangen 3,00 Mk.

Die Redaktion.

Hochwasser.

Dienstag den 6. August Borm. 1.30 Nachm. 1.48

Große öffentliche Volks-Versammlung

Freitag den 9. August, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Lokale des Herrn Beilshmidt „Zur Arche“ in Bant.

Tagesordnung:

- Die Tätigkeit des Reichstages und die Sozialdemokratie.
Referent: Reichstagsabg. Aug. Kühn, Langenbielau.
- Wahl eines Delegirten zum Parteitag in Breslau.
- Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch lädt ein

Der Einberufer.

Dienstag den 6. August, Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Große öffentl. Versammlung

der Bäcker

im Lokale des Herrn Sadewasser, Tonndeich.

Tagesordnung:

- Die gegenwärtige Lage im Bäckergewerbe. Referent Kollege S. Lischner-Hamburg.
 - Der Stand unserer Bewegung.
 - Diskussion.
- Zu dieser Versammlung werden alle Arbeiter, insbesondere auch die Frauen eingeladen.

Die Kartellskommission.

Jever.

Donnerstag den 8. Aug., Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Große öffentliche

Volks-Versammlung

im Saale des Herrn A. Heeren.

Tagesordnung: 1. Die Tätigkeit des Reichstages und die Sozialdemokratie. Referent: Reichstagsabgeordneter Aug. Kühn aus Langenbielau. — 2. Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch lädt ein

Der Einberufer.

An meine geehrten Kunden!

Erwarte in kurzer Zeit verschiedene Ladungen

engl. Stück- und Ruhz-Kohlen

und ersuche Alle, welche noch nicht damit versehen sind, Bestellungen für den Winter jetzt zu machen, da ich Kohlen augenblicklich noch zu einem billigen Preise liefern kann.

B. Wilts.

Waarenhaus B. H. Bührmann.

Die ersten Sendungen neuer

Herbst-Regen-Mäntel, Kragen und Capes

sind eingetroffen.

Nur gediegene aparte Neuheiten!

Unentgeltlichen Rath und Auskunft

in allen gewerblichen Streitigkeiten sowie in Sachen des Krankenkassen-, Alters-, Invaliditäts- und Unfall-Berücksichtigungswesens ertheilen an alle Arbeiter

Chr. Hönnert, Neue Wilhelmsh. Str. 12, 1, von 7—8 Uhr Abends,
H. Mörschh., Neue Wilh. Str. 63, 1, von 8—8 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends.

Bekanntmachung.

Die der Gemeinde Bant gehörigen, zwischen der Nord- und Bantser Straße hierelbst (am früheren sog. Goldberge) belegenen



Verein

für Geflügelzucht
Bant.

Dienstag den 6. Aug.

Abends 8 Uhr

Monats - Versammlung

im Vereinslokal bei Herrn Lüdener.
Verkauf von zwei Bierbügeln und eines Landschaftsbildes.

Der Vorstand.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Größte Auswahl in
Unterzeugen

für Herren u. Damen.

Große Normal-
Hemden
für Männer
Stück Mh. 1,00.

Empfehlung zur Einladung:

Crystall-Zucker
Raffinade
Essigspirit
Essig-Essenz
Gewürze
Sallylsäure
Pergamentpapier.

R. Keil, Drog. z. roth. Kreuz,
Werftstraße 10.

Korsets
und Korsettstangen
in großer Auswahl empfiehlt billigst
M. Schlöffel,
Neue Wilhelmsh. Straße 33.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Weiß Satin
für Bett-Bezüge
ca. 80 cm breit
Meter 30 Pf.

Als mildeste und sparsamste
Toilette-Seifen

empfiehlt:
Pat. Myrrholin-Seife
Sanitas-Seife
Perl-Seife
Dörings-Seife.

R. Keil, Drog. z. roth. Kreuz,
Werftstraße 10.

Das Pfand- und Leihgeschäft
verbunden mit An- und Verkauf
von

Wilh. Harms

Neue Wilhelmsh. Str. 22
empfiehlt sich zur Annahme von neuen
und getragenen Kleidungsstücken, Schuh-
waren, Möbeln, Betten, Uhren, Gold-
und Silberjochen, Velocipeden usw.

Lege Gifft für Federvieh.
H. Schmitz, Schaardeich.

Gesucht

zum 1. September ein Dienstmädchen
mit nur guten Zeugnissen.

H. Lüdener, Bant.

Ein Kind (Mädchen)

wird in Pflege oder als eigen vergeben.
zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Möbl. Zimmer für zwei jg. Leute
Marktstraße 38, oben.

Zu vermieten

ein gut möbliertes Zimmer.
Wadepfuhl, Tonndeich, Schmidtstr. 11.

Ein schwarz. Tedel

mit weißer Brust und weißen Vorder-
pfoten zugelaufen. Abzuholen gegen
Erlösung der Kosten bei
Geiss, Feuerwehrmann, Ostfriesenstr. 22.

Ich empfehle mich als

Nätherin

und verpreche bei billiger Preisstellung
gute Arbeit.

Gesine Gerriets,
Einführungstraße 19.

Todes-Anzeige.

Gestern Nachmittag starb nach
nur sechswöchentlichem Leben unser
liebes kleines Töchterchen

Erna

was wir Freunden und Bekannten
betrübten Herzens zur Anzeige bringen.

Bant, den 5. Aug. 1895.

L. Range und Frau.

Die Beerdigung findet Mittwoch
den 7. Aug. Nachm. 3 Uhr, vom
Scherhaufe, Neue Wilhelmshavener
Straße 8, aus statt.

